Hemmungslose Fälschung des deutschen Friedenswillens

Paris, 17. Dezember.

Die französische Radikalsozialistische Partei, die angeblich das demokratische Kleinbürgertum vertritt und von der ein Witzwort sagt, daß ihr Herz links und der Geldbeutel rechts sitze, hat sich stets durch besondere Deutschfeindlichkeit ausgezeichnet. Das nimmt nicht wunder, denn sie wird, wie kaum eine andere Partei Frankreichs, von der Freimaurerei beherrscht. Auf ihrer letzten Exekutivausschußsitzung hat sie sich besonders mit dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich befaßt. Hierbei hat der Berichterstatter Mistler, der Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Kammer ist, sich eine Hetzrede gegen Deutschland geleistet, die dann noch vom Kriegsminister Daladier an beispiellosen Verzerrungen der deutschen Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft übertroffen wurde.

Mistler erklärte u. a.:

Mit Deutschland verbinde Frankreich kein Schriftstück mehr. Von Locarno sei in der Tat nichts übriggeblieben. Deutschland habe zahlreiche wirtschaftliche Verhandlungen angeschnitten, aber zwischen Deutschland und Frankreich sei das Problem nicht wirtschaftlicher Art, sondern es sei ein Problem des Vertrauens. Deutschland mache gegenwärtig gewaltige militärische Anstrengungen. Im vollen Frieden herrsche bei ihm eine Kriegswirtschaft. Alles gehe vor sich, als wenn Deutschland binnen kurzem bereit sein wolle. Vielleicht habe es noch keine Entscheidung getroffen. Aber Frankreich könne gegenüber diesen offenkundigen Dingen nicht blind bleiben. Frankreich müsse bereit und stark sein.

Daladiers „Hirngespinste"

Verteidigungsminister Daladier beglückwünschte den Redner und sprach die Hoffnung aus, daß diese Worte in Frankreich wie im Auslande ihre Rückwirkungen haben mögen. Ueber die französische Landesverteidigung sagte er, daß niemals im Ministerrat davon die Rede gewesen sei, die zweijährige Dienstzeit herabzusetzen, solange die internationalen Umstände das nicht gestatteten. Ebensowenig habe eine Verminderung der Rüstungsausgaben in Frage gestanden. Der gegenwärtige Militärdienst sichere Frankreich eine Armee von 600 000 Mann, davon 150 000 Mann in Nordafrika und 50 000 Mann in den übrigen Kolonien, wobei er sich allerdings von den über in die Millionen gehenden Reserven Frankreichs ausschwieg. Deutschland besitze eine Armee von 800 000 Mann, zu der man noch 200 000 Mann Arbeitsdienst und 50 000 Mann Schupo zähle. Auch Italien habe eine starke Armee.

Solange Frankreichs friedlicher Appell an alle Völker nicht gehört werde, müsse Frankreich dafür sorgen, daß es nicht die leichte Beute von Nationen werde, die auf der Lauer lägen. Daladier verstieg sich dann zu folgenden Worten: „Wir müssen stark sein, damit kein Abenteurer die gefährlichen Hirngespinste von 1914 wieder aufnehmen kann. Wir müssen die Stärke mit unseren eigenen Mitteln sicherstellen. Darüber lasse ich niemals mit mir handeln, niemals!"

Die Gemüsehändler streiken verschärft

Paris, 16. Dezember.

Der Gemüsehändlerstreik in Paris, der bisher nur von den sogenannten „Verteidigungsausschüssen der Landwirte" durchgeführt wurde, nimmt immer schärfere Formen an. Jetzt haben die vereinigten Landwirtsverbände der Departements Seine und Seine et Oise, dem 74 Verbände mit insgesamt 10 000 Gemüsehändlern angehören, beschlossen, die Gemüselieferung der französischen Hauptstadt einzustellen. Der Streik, der bis jetzt keine besorgniserregenden Ausmaße für Paris angenommen hat, droht jetzt ernstliche Folgen zu zeitigen.

„England baut eine neue Kriegsflotte!"

20 000 neue Flieger im Jahr gegen bisher 1500 Mann – Schärfstes Tempo der Aufrüstung

London, 17. Dezember.

In einer Rede in London teilte der Luftfahrtminister Lord Swinton mit, daß unter dem Aufrüstungsprogramm der britischen Luftstreitkräfte jetzt 20 000 Flieger pro Jahr eingestellt werden würden; noch vor einem oder zwei Jahren seien lediglich 1500 Mann zugelassen worden.

Wenn das Programm nicht planmäßig durchgeführt werden könne, und die Zahl der gelieferten Maschinen hinter dem Sollbestand zurückbleibe, so liege das daran, daß die britischen Luftstreitkräfte nur die bestmöglichen Maschinen erhalten sollten.

Auch der Erste Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare, der am Mittwoch vor dem Landesverband der englischen Fabrikanten sprach, beschäftigte sich mit dem Aufrüstungsprogramm. Er bezeichnete sich als den größten Fabrikanten Englands, denn er baue eine neue Flotte. Obwohl mit der Durchführung des Programms erst vor kurzem begonnen worden sei, sei die neue Standardtonnage bereits um mehr als 200 000 Tonnen vermehrt worden, was fünfmal soviel sei als vor drei Jahren. Die Hauptnutznießer, so erklärte er, würden die englischen Notstandsgebiete sein.

London bereitet Vermittlungsaktion vor

London, 17. Dezember.

Im Einvernehmen mit der französischen Regierung werden im Foreign Office zur Zeit praktische Vorschläge für eine Vermittlungsaktion in Spanien ausgearbeitet. Nach ihrer Fertigstellung sollen sie den wichtigsten interessierten Mächten zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Falls eine Einigung zustande kommt, so wird der nächste Schritt eine Fühlungnahme mit den beiden kriegführenden Parteien in Spanien sein, die aufgefordert werden sollen, zur Vorbereitung von Friedensverhandlungen einen Waffenstillstand abzuschließen. Im Weigerungsfalle würden die britische und die französische Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit auf eine einwandfreie Durchführung eines Nichteinmischungsabkommens richten.

Deutschlands gerechte Beschwerden

Engländer fordert Lösung der Kolonialfrage

London, 17. Dezember.

Der englische Politiker und Publizist Noel Buxton weist in einer Zuschrift an die „Times" auf die Dringlichkeit einer Lösung des Kolonialproblems hin, das sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom psychologischen Standpunkt aus angesehen werden müsse. Es wäre fehl am Platze, so sagt er, wenn man annehmen wollte, daß die Kolonialfrage von der deutschen Regierung lediglich aus Gründen der hohen Politik genährt würde. England müsse einsehen, daß Kolonialbestrebungen in einem großen und sich selbst achtenden Industrievolk etwas Natürliches seien. Buxton unterstützt in diesem Zusammenhang die vor einigen Tagen an gleicher Stelle vertretene Auffassung Lord Cecils, daß die Forderung nach einem Ventil vernünftig sei. In Deutschland sei man der Meinung, daß die Abmachungen von Ottawa, die ein Abgehen von der Tradition der offenen Tür bedeuteten, deren sich früher England gerühmt habe, eine wirkliche Härte für Deutschland darstellten. Das System der Vorzugszölle, die sich die einzelnen Mitgliedsstaaten des britischen Imperiums gewährten, habe den deutschen Handel schwer getroffen. Weit fühlbarer aber sei die bevorzugte Behandlung britischer Waren in den eigentlichen Kolonien. Die Erweiterung des Systems der Vorzugsbehandlung auf die Kolonien werde in Deutschland als ein Angriff auf die internationale Gerechtigkeit angesehen. Nach deutscher Ansicht sei dies mit der modernen Auffassung unvereinbar, wonach die Kolonien ein unbehindertes wirtschaftliches Betätigungsfeld für alle Nationen sein müßten. In dieser Beziehung könne daher eine wohlbegründete Beschwerde mit einem verhältnismäßig geringen Verlust für die britischen Handelsinteressen abgestellt werden.

England und die anderen Kolonialstaaten schienen in deutschen Augen einen unangemessen großen Anteil an den kolonisierten Teilen der Erde zu besitzen, so daß diese Mächte es selbst in der Hand hätten, sich eine stärkere moralische Stellung zu verschaffen. Die Uebertragung von Kolonien an den Völkerbund stehe nicht zur Erörterung. Was gesichert werden müsse, sei die Bürgschaft einer offenen Tür für den Handel, den Kauf von Rohstoffen und für einen Anteil an den Konzessionen und Regierungsaufträgen. Schon ein solcher Vorschlag von englischer Seite würde von bedeutender psychologischer Wirkung in Deutschland sein.

Buxton beschäftigt sich weiter mit der Frage einer möglichen Gebietsübertragung, wobei er von der Deutschland zugefügten Erniedrigung und der beleidigenden Art spricht, in der es seiner Kolonien beraubt worden sei. Das Gebiet, das Deutschland mit einem großen Teil seines Bedarfes an Kaffee, Tabak und Gummi versorgen könnte, sei Kamerun. In England führe man ständig das Argument an, koloniale Aenderungen bedeuteten keine wirkliche Lösung der wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands, es müsse aber gefragt werden, ob ein solches Verhalten sich mit der gesunden englischen Ueberlieferung in Einklang bringen lasse, einen begründeten Anspruch nicht abzulehnen. Auch in diesem späten Stadium würde ein Zugeständnis noch von Nutzen sein. Untätigkeit wäre hier vielleicht verhängnisvoll.

Italien stimmt Ribbentrop zu

Rom, 17. Dezember.

Die Ausführungen Botschafters von Ribbentrop über das deutsche Kolonialproblem finden in der italienischen Presse lebhafte und zustimmende Beachtung. Der Londoner Vertreter der Tribuna schreibt, eine vernünftigere und wahrheitsgetreuere Darstellung dieses deutschen Problems hätte nicht gegeben werden können. Die Erklärungen sollten die englischen politischen Kreise zu der Ansicht bringen, daß die drohende Möglichkeit schwerer europäischer Verwicklungen nicht, wie so viele behaupten, auf die Expansionsbestrebungen der faschistischen Mächte zurückzuführen seien. Es sei ein großer Irrtum, von bedrohlichen Expansionsbestrebungen jener zu sprechen, die in Wirklichkeit vom Erstickungstode bedroht seien, und nach Luft und Raum suchen.

Motta wieder Schweizer Bundespräsident

Bern, 17. Dezember.

Die vereinigte Bundesversammlung hat am Donnerstagvormittag mit 157 von 172 gültigen Stimmen zum Bundespräsidenten für das Jahr 1937 den jetzigen Vizepräsidenten und Leiter des Politischen Departements, Bundesrat Guiseppe Motta, gewählt.

Zum Vizepräsidenten des Bundesrates wurde mit 153 von 168 gültigen Stimmen der Chef des Justiz- und Polizeidepartements Bundesrat Johannes Baumann gewählt.

Beirat des Deutschen Handwerks

Berlin, 17. Dezember.

Der Leiter des Deutschen Handwerks, Paul Walter, hat einen Beirat des Deutschen Handwerks gebildet, dessen Aufgabe es ist, den Leiter des Deutschen Handwerks bei entscheidenden Maßnahmen zu beraten. Der Beirat besteht aus fünf handwerklichen Betriebsführern, aus fünf im Handwerk tätigen Gefolgschaftsmitgliedern und zwei Vertretern des Hauptamtes für Handel und Handwerk.

Die vom Leiter des Deutschen Handwerks berufenen Mitglieder des Beirates sind Männer, die sich nicht nur um die Bewegung verdient gemacht haben, sondern auch anführenden Stellen im Handwerk ihren Mann standen. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, hat den Beirat des Deutschen Handwerks bestätigt. Berufen wurden:

Als Betriebsführer:

1. Elektromeister Gamer, Worms, stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Handwerk, Landeshandwerksmeister Hessen-Nassau;
2. Malermeister von der Heide, Köln, Reichsinnungsmeister;
3. Bäckermeister Magunia, Königsberg, Landeshandwerksmeister und Handwerkskammerpräsident;
4. Fleischermeister Rehm, Augsburg, Gauhandwerkswalter und Handwerkskammerpräsident;
5. Bürstenmachermeister Schuert, Halle, Gauhandwerkswalter, Landeshandwerksmeister und Handwerkskammerpräsident.

Als Gefolgschaftsmitglieder:

1. Schlossermeister Alfa, München, Gaufachgruppenwalter des Metallhandwerks;
2. Tischlermeister Broß, Stuttgart, Gaufachgruppenwalter des Holzhandwerks;
3. Fleischergeselle Götte, Essen, Gauhandwerkswalter, Obersturmbannführer der SA;
4. Bäckermeister König, Hannover, Gauhandwerkswalter;
5. Friseurgeselle Schönherr, Berlin, stellvertretender Fachschaftswalter des Friseurhandwerks.

Als Vertreter des Hauptamtes für Handel und Handwerk sind Hauptstellenleiter Feit, Berlin, und Gauamtsleiter Behme, Hannover, in den Beirat berufen. Die enge Fühlungnahme mit dem Hauptamt für Handel und Handwerk ist im übrigen durch die Tatsache gekennzeichnet, daß ein großer Teil der in den Beirat berufenen Handwerker gleichzeitig Gauamtsleiter des Hauptamtes für Handel und Handwerk ist.

Für die Berufung dieses Beirates war maßgebend, daß es in den vergangenen Jahren im deutschen Handwerk unangenehm empfunden wurde, wenn bei vielen wichtigen Entscheidungen sowohl die Vielgestaltigkeit der im Handwerk vertretenen Berufe als auch die Besonderheiten der einzelnen deutschen Gaue nicht in dem erforderlichen Maße Berücksichtigung fanden. Diesem Mißstand wird dadurch abgeholfen, daß die Beiratsmitglieder den verschiedensten Handwerksberufen angehören und aus verschiedenen Teilen des Reiches stammen. Weiter hat der Leiter des Deutschen Handwerks dem Umstand Rechnung getragen, daß eine Betreuung des Handwerks nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder in die Spitzenführung maßgebend mit eingeschaltet werden.

Todessprung aus dem „Fliegenden Hamburger"

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Dezember.

Die Berliner Polizei ist zur Zeit mit der Aufklärung eines eigenartigen Todesfalles beschäftigt. Am Nachmittag des Mittwochs entdeckten Bahnarbeiter in der Nähe von Bad Wilsnack, auf der Strecke Berlin—Hamburg, die Leiche der 20jährigen Köchin Frieda Urbanski, die im „Fliegenden Hamburger" als Köchin der Mitropa arbeitete und offenbar während der Fahrt aus dem Zuge gestürzt war. Man fand die Köchin mit zerschmettertem Schädel zwischen den beiden Gleisen der Fernstrecke auf. Als der „Fliegende Hamburger" in Berlin eintraf, wurde sofort das Mitropa-Personal verhört. Es gab an, daß man die Urbanski vermißt hätte, aber der Meinung gewesen sei, daß sie den Waschraum aufgesucht hätte. Als dann festgestellt wurde, daß eine Schiebetür offenstand, wurde der Zugführer verständigt. Man nimmt an, daß Frieda Urbanski Selbstmord verübt hat, da die Möglichkeit eines Unglücksfalles so gut wie gänzlich ausgeschlossen ist.

Sudetendeutsche Abgeordnete vogelfrei

Prag, 17. Dezember.

Der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses hat am Mittwoch beschlossen, fünf Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei wegen Uebertretung des Gesetzes zum Schutze der Republik den Strafverfolgungsbehörden auszuliefern. Es sind die Abgeordneten Knöchel, Illing, Künzel, Böhm und Liebel. Wegen Ehrenbeleidigung wurden ferner die sudetendeutschen Abgeordneten Dr. Neumann und Franke den Strafverfolgungsbehörden ausgeliefert.

*

Auch diese kleinen Ereignisse im tschechoslowakischen Parlamentsbetrieb sind kennzeichnend für den fortgesetzten Kampf gegen das Sudetendeutschtum. Der Vorwurf der Uebertretung des tschechischen Republikschutzgesetzes wird außerordentlich leicht erhoben. Denn es handelt sich um ein Ausnahmegesetz gegen die nationalen Minderheiten, das ausschließlich dazu bestimmt ist, dieselben politisch zu entrechten und mundtot zu machen. Vor der Oeffentlichkeit dagegen behauptet Prag — und erst der Außenminister Krofta hat dies wieder versucht —, daß es die demokratischen Einrichtungen sind, die den Minderheiten ihre Lebensrechte sichern. Das Vorgehen gegen nicht weniger als sieben deutsche Abgeordnete beweist leider nur zu deutlich, was von solchen Reden zu halten ist, obwohl sich gerade die Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei stets der allergrößten Loyalität befleißigt haben. Längst können schönklingende Worte nicht mehr verschleiern, daß die Machthaber in Prag unter dem Deckmantel der Demokratie ihren Kampf gegen das Deutschtum in verschärfter Form fortsetzen. Wahrscheinlich ist in Prag das einmütige Bekenntnis zur Einigkeit, das die Sudetendeutschen bei den letzten Gemeindewahlen abgelegt haben, ein Grund zu neuen Verfolgungen aufrechter Vertreter deutschen Volkstums.

4432 Gefallene der Freikorps ermittelt

Berlin, 17. Dezember.

Das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber hat amtliche Ermittlungen darüber aufgenommen, wo die Toten des Nachkrieges ruhen und wieviel Gefallene der Freikorps überhaupt noch festzustellen sind. Nach mühevoller Kleinarbeit wurde nach einem Bericht von Regierungsrat Wittig soeben ermittelt, daß es 587 Gräber allein des Selbstschutzes in Schlesien gibt. Diese 587 Gräber seien ein erschütternder, aber auch ein stolzer Beweis dafür, daß der Deutsche immer in Notzeiten freudig das Leben für das Vaterland einsetzt.

Die Ermittlungen über die Gesamtzahl aller gefallenen Freikorpskämpfer seien noch nicht abgeschlossen. Immerhin stehe bereits fest, daß von 1918, nach Beendigung des Weltkrieges, bis zum 31. Dezember 1920 bei den Freikorps und anderen anerkannten Freiwilligenverbänden gefallen sind: 658 Offiziere und 8779 Unteroffiziere und Mannschaften. Der Referent appellierte in diesem Zusammenhang an die Oeffentlichkeit zur Mitarbeit an den Bestrebungen des Amtes, die Freikorpsgräber möglichst lückenlos zu erfahren. Gräber der Ruhrkämpfer sind bisher 460 bekannt. Die Gräber der nationalen Erhebung der NSDAP erreichen die Zahl 268. Die Sorge für die Erhaltung der Gräber oblliege dem Reich. Eine vollständige, lückenlose und fehlerfreie Ehrenliste der Freikorpsgefallenen, vielleicht sogar ein großes, alle Freikorps umfassendes Ehrenmal dürfte, so schloß der Referent, das jede Mühe werte Endziel sein.

Kameradschaft größer als Not

Baldur von Schirach zur Winterhilfssammlung der Jugend

Berlin, 17. Dezember.

Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Reichsleiter Baldur von Schirach, hat zur Straßensammlung der Hitlerjugend vom 18. bis 20. Dezember folgenden Tagesbefehl erlassen:

Alle Generationen unseres Volkes dienen im nationalsozialistischen Staat einer gemeinsamen Aufgabe. Ihr, meine Kameraden und Kameradinnen, sollt an diesem Tage erneut beweisen, daß ihr diese Zusammengehörigkeit aller im Dienste am Werk des Führers begreift und beherzigt. Wir waren immer stolz darauf, unsere nationalsozialistische Gesinnung durch geldlose Taten offenbaren zu dürfen. Das Winterhilfswerk 1936/37 ist uns eine neue, willkommene Gelegenheit, Deutschland zu zeigen, daß wir treu und selbstlos sind. Seht eure Sammelbüchsen als Waffen gegen Eigennutz und Zwietracht an! Kämpft mit ihnen für die ärmeren Jungens und Mädels, für die ärmeren Eltern! Mag die Not groß sein, — die Kameradschaft ist größer!

Baldur von Schirach.